

„Géint den Aarmutsrisiko an enger räicher Gesellschaft“

Der Landeskongress der LSAP in Wiltz:

- stellt fest, dass gemäß rezenten Umfragen¹, ein Großteil der Bevölkerung Luxemburgs besorgt ist über die zunehmenden Lebenshaltungskosten, d.h. den starken Preisanstieg bei Lebensmitteln, sonstigen für die Haushalte wesentlichen Konsumgütern, beim Kraftstoff sowie über die Erhöhung der Leitzinsen;
- verweist auf die prekäre Situation der Einkommensschwachen unserer Gesellschaft, die durch diese Entwicklung einen erheblichen Verlust an Kaufkraft erleiden und somit dem Armutsrisiko stärker als zuvor ausgesetzt sind;
- zeigt sich besorgt über die steigende Prekarität von Alleinerziehern und kinderreichen Familien (25% der Arbeitnehmer, die ihre Kinder allein erziehen sind armutsgefährdet², sowie 20% der Kinder insgesamt³);
- bedauert, dass diese Tendenz durch eine Studie der Europäischen Statistikbehörde (Eurostat) bestätigt wird, wonach der Prozentsatz jener Haushalte, deren verfügbares Einkommen unter der Armutsgrenze liegt, auf 14% gestiegen ist⁴;
- ist überzeugt, dass parallel zur finanziellen Not, vielen Familien die soziale Ausgrenzung droht;
- unterstreicht die mannigfaltigen Ursachen des erheblichen Kaufkraftverlustes:
 - die hohe Inflationsrate;
 - die Preisexplosion auf dem Wohnungsmarkt;
 - die Vererbbarkeit der Armut;
 - das Bildungs- und Ausbildungsdefizit vieler Mitmenschen;
 - die verschiedenen Ungerechtigkeiten im Steuersystem;
 - die zunehmende Überverschuldung vieler Haushalte.
- wiederholt die Wichtigkeit der Schaffung und Erhaltung einkommens- und existenzsichernder Arbeitsplätze und verweist auf die Vorschläge der Resolution „Méi Chancen um Aarbechtsmaart“, die vom LSAP Kongress am 26.3.2006 verabschiedet wurde;
- würdigt die von der LSAP vorgeschlagenen und unter sozialistischer Regierungsbeteiligung umgesetzten Maßnahmen in Bezug auf die Steuererleichterungen, die Einführung des Einheitsstatuts, die Auszahlung des Kinderboni, die Reform der Sozialämter und die tief greifenden Neuerungen im Gesundheitswesen;
- unterstützt die offensive Bildungspolitik der Unterrichtsministerin im Sinne von mehr Chancengleichheit und einer verbesserten sozialen Kohäsion;
- erachtet es dennoch als notwendig weiterhin eine fortschrittliche und solidarische Politik auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung und der sozialen Ausgrenzung zu verfolgen und erwartet von den Entscheidungsträgern die Stärkung der Kaufkraft aller in Luxemburg lebenden Einwohner.

Daher beschließt der Kongress sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

¹ Quelle : Eurobarometer Januar 2008

² Quelle : AK-Info 3/2007

³ Quelle : Panorama social der CEP-L 2/2008

⁴ Quelle : Eurostat

1. dem Kaufkraftverlust Einhalt gebieten und den Haushalten in Luxemburg mit nachstehenden Instrumenten unter die Arme greifen:

- integrale Wiedereinführung des Indexmechanismus nach 2009, konsequente Bekämpfung der Inflation;
- Anpassung der Pensionen, Erhöhung des Mindestlohns und des Mindesteinkommens zum 1. Januar 2009;
- innovative Wohnungspolitik :
 - Einführung von Mietzuschüssen,
 - Reform des Sozialwohnrechts,
 - Verpflichtung aller Gemeinden zur Schaffung von Sozialwohnungen,
 - Schaffung von so genannten sozialen Immobilienagenturen,
 - Förderung des Mietkaufs,
 - eingreifendes Vorkaufsrecht für Staat und Gemeinden von Immobilien;
- neue Modelle für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft:
 - Verallgemeinerung der ganztägigen Auffang- und Betreuungsstrukturen mit einer dem Einkommen des Haushalts angepassten Preisgestaltung,
 - soziale Staffelung des Wasserpreises bei den Privathaushalten, wobei deren Größe und Zusammensetzung zu berücksichtigen ist,
 - konsequente Weiterführung der Reformen im Schulwesen, die soziale Aufstiegchancen gewährleisten;
- tief greifende Reformen im Sozialwesen:
 - Individualisierung der Sozialversicherungsrechte,
 - Einführung des Rentensplitting,
 - Einhaltung der im Gesetz vorgesehenen Gleichstellung der Geschlechter im Lohnverhältnis.

2. die Belange der sozial schwachen Mitglieder unserer Gesellschaft stärker berücksichtigen, d.h.:

- Einführung eines „Kinderbetreuungsschecks“, um den vielen Alleinerziehenden und einkommensschwachen Familien die finanzielle Möglichkeit zu bieten ihre Kinder in Betreuung zu geben und den Erziehenden somit ein normales Berufsleben zu ermöglichen;
- Verankern des Rechts auf Wasser und Energie in unserer Gesetzgebung, das eine Mindestlieferung an Wasser und Energie für Menschen in einer prekären finanziellen Situation garantiert und ein abruptes Abstellen der Lieferungen verbietet;
- Bekämpfung des „Working poor“-Phänomens⁵;
- Einführung einer Negativsteuer;
- Weiterführung einer präventiven Gesundheitspolitik, die gezielt gegen durch Verarmung hervorgerufene Gesundheitsrisiken vorgeht;
- Ausdehnung des „tiers payant“ (Direktübernahme der Arztkosten durch die Krankenkassen) zugunsten von sozial schwachen Versicherten;
- Nachdenken über die Mindestsicherungselemente im Sozialsystem und deren Zuerkennungskriterien (u.a. garantiertes Mindesteinkommen);
- Einführung eines Insolvenzverfahrens für Privatpersonen.

(angenommen auf dem LSAP-Landeskongress in Wiltz am 9. März 2008)

⁵ Wikipedia : Phänomen von Arbeitnehmern, die trotz Erwerbstätigkeit nicht vor Armut abgesichert sind